Antrag Hitzeschutz 09/26

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
KREISTAG AICHACH-FRIEDBERG

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt Vorschläge zu erarbeiten, wie an den kreiseigenen Einrichtungen der Hitzeschutz verbessert werden kann und eine diesbezügliche Abstimmung mit Städten und Gemeinden sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen im Landkreis erfolgen kann. Für den Haushalt 2027 sind entsprechende Mittel für erste konkrete Schritte vorzuschlagen. Die Ergebnisse sind an die zuständigen Ausschüsse zu berichten und zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung

Der vergangene Sommer hat gezeigt, dass Hitze ein akutes Problem ist, welches sich durch den Klimawandel noch verstärken wird. Das Robert-Koch-Institut spricht von mindestens 14.000 Toten in Folge der letzten Hitzewelle in Deutschland. Ältere Menschen und Kleinkinder sind besonders betroffen. Notaufnahmen und Krankenhäuser sind überlastet. Schulen können im Extremfall kaum noch einen guten Unterricht gewährleisten. Feuerwehren, Katastrophenschutz und Rettungsdienste arbeiten vielfach an der Belastungsgrenze. Ärzte, Rettungssanitäter und Pflegkräfte müssen teils Unmenschliches leisten, um den betroffenen Menschen zu helfen. Dazu kommt eine Zunahme der Extremwetterereignisse in Folge der großen Hitze wie Wirbelstürme, schwere Gewitter, Hagel und Starkregen.

Hitzeschutz ist nicht nur ein Problem der Infrastruktur, sondern betrifft auch organisatorische Maßnahmen. Es ist ein Querschnittsthema, welches alle Bereiche der Kreisverwaltung und der Kreisinfrastruktur betrifft. Darüber hinaus sind eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Städten und Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Hilfseinrichtungen erforderlich. Beispielsweise könnten Daten im Rahmen des Klimaschutz-Netzwerkes geteilt werden.

Nicht nur die gesundheitlichen, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen von Hitzewellen sind sehr hoch. Sie verursachen höhere Gesundheitskosten, mehr Krankmeldungen, Schäden an Gebäuden und Straßen, Schäden durch Extremwetterereignisse sowie Produktivitätsverluste. Schätzungen der Allianz-Versicherung gehen von einem Schaden von 25 Milliarden für Deutschland durch die letzte Hitzewelle aus. Das wirkt sich unmittelbar auf die Sicherung unseres Wohlstandes aus. Daher sollten wir uns auch aus wirtschaftlicher Sicht des Themas annehmen und möglichst frühzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen.

Der Landkreis, als Träger vieler Einrichtungen, steht in der Verantwortung und Fürsorgepflicht. Er sollte Maßnahmen entwickeln, welche die Auswirkungen von Hitzeperioden abmildern, um die Menschen und die Infrastruktur zu schützen. Auf kommunaler Ebene sind wir darüber hinaus auch mitverantwortlich dafür, den Klimawandel durch geeignetes Handeln abzuschwächen.

Ein von Umweltminister Glauber angekündigtes Förderprogramm zeigt, dass das Problem auch von der Staatsregierung erkannt wird. Wir sollten uns rechtzeitig damit auf Kreisebene auseinandersetzen. Hierzu könnte man z.B. bei der Regierung von Schwaben zu den Förderkonditionen von KommKlimaFöR2026 anfragen. Auch eine Beratung durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherung (LGL) ist möglich.

Lena Eichner
Fraktionsvorsitzende

Dr. Wolfhard von Thienen
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie